

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
BAU- UND  
UMWELTAUSSCHUSSES**

<b>Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:</b> 14. BAU 2009-2014 <b>Sitzungsdatum:</b> 10.11.2011  <b>Niederschrift</b>
--

Übach-Palenberg, den 10.11.2011

Unter dem Vorsitz von Silvia Gillen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Bau- und Umweltausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 08.09.2011
2. Forstwirtschaftsplan 2012
3. Entfernung städtischer Bäume Herbst/Winter 2011/2012
4. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 09.08.2011 betr. Grünflächen-Patenschaften
5. Erweiterungen zur Tagesordnung
6. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

7. Klangbrücke  
hier: Abstimmung des Vorgehens im anhängigen Streitverfahren vor dem OLG Köln
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 8.1 Vergabeangelegenheit Erneuerung der Fensteranlage OGS Boscheln;  
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
- 8.2 Vergabeangelegenheit Aufschaltung von Heizungs- und Lüftungsanlagen auf die Gebäudeleittechnik
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für sachk. Bürger Dr. Wissing
Herr Wolfgang Bien	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Wolfgang Schneider	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Hubert Wynands	CDU	

**Sachkundige Bürgerinnen und Bürger**

Herr Georg Hennes	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Dieter Hufnagel	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Thomas Otten	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP	als persönlicher Vertreter für sachk. Einwohner Mallmann; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
--------------------------	-----	---

**Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Peter Lürken	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
-------------------	-----------	---

**Abwesende Stadtverordnete**

Herr Rudolf Burbaum	SPD	
---------------------	-----	--

**Abwesende sachkundige Bürger**

Herr Volker Schlüter	SPD	
----------------------	-----	--

**Abwesende sachkundige Einwohner**

Frau Carla Glashagen	parteilos	
----------------------	-----------	--

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Herr Technischer Angestellter Manfred Gutt

Ortsbesichtigung  
keine Teilnahme an der  
Ortsbesichtigung

Herr Technischer Angestellter Jörg Keufgens

keine Teilnahme an der  
Ortsbesichtigung

Herr Verwaltungsangestellter Horst Tacken

**Schriftführerin**

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Vor Beginn der Sitzung fand um 15.30 Uhr eine **Ortsbesichtigung** statt. Hierbei wurden die bereits durchgeführten und die geplanten Ausgleichsmaßnahmen im Bereich Scheidbusch/ Herbacher Wald vorgestellt.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.45 Uhr.

-----

Ausschussvorsitzende **Gillen** begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse. Ebenso begrüßte sie Herrn von der Heiden als Vertreter des Regionalforstamtes Rureifel, der sowohl die Ortsbesichtigung mit begleitet habe als auch unter TOP 2 den Forstwirtschaftsplan erläutern werde.

Ausschussvorsitzende **Gillen** teilte mit, dass vor Beginn der Sitzung eine Ortsbesichtigung stattgefunden habe und bat Verwaltungsangestellten Tacken die wesentlichen Informationen für die Ausschussmitglieder, die am Ortstermin nicht teilnehmen konnten, zusammenzufassen.

Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, mit dem Ortstermin habe die Verwaltung im Bereich Scheidbusch/ Herbacher Wald, der in erster Linie für die Neuanlage von Waldflächen vorgesehen sei, die in der Vergangenheit durchgeführten und die zukünftig geplanten Ausgleichsmaßnahmen vorstellen wollen. So sei im Jahre 1997 mit der Bepflanzung einer städtischen Ackerparzelle am Wegekrenz in unmittelbarer Nähe des Scheidbusch als Ausgleich für das Baugebiet „Wittenberger Weg“ mit der ökologischen Aufwertung des gesamten Gebietes begonnen worden. In Zusammenhang mit anderen Bebauungsplänen haben in den Folgejahren Aufforstungen westlich der Rochusstraße und der Blumenstraße, auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath südlich des Scheidbusch sowie die Erweiterung des Herbacher Waldes um rd. 3,5 Hektar gestanden. Insgesamt beliefen sich die Aufforstungsflächen auf über 6 Hektar.

In Zusammenhang mit dem Ausgleichsbedarf für die Schokoladen-Fabrik in Höhe von rd. 190.000 Öko-Punkten seien weitere knapp 1,5 Hektar Ackerflächen am Herbacher Wald zur Aufforstung im Forstwirtschaftsjahr 2013 vorgesehen. Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass in diesem Bereich darüber hinaus eine weitere zusammenhängende Aufforstung von ca. 1 Hektar geplant sei, jedoch sei hierfür erst der Tausch von Grundstücksflächen erforderlich. Da für den Ausgleich Schokoladen-Fabrik bereits zwei große Streuobstwiesen in Frelenberg und am Bucksberg angelegt worden seien, könnte der gesamte

Ausgleichsbedarf mit den vorgesehenen Aufforstungen abgedeckt werden. Zwischen dem landwirtschaftlichen Weg von den Tennisanlagen aus kommend und den zukünftigen Waldflächen solle zudem ein ca. 25 Meter breiter Streuobstgürtel u.a. als Ausgleich für das Baugebiet Kirchenweg II entstehen.

Auf die Frage, ob für die Schokoladen-Fabrik auch noch Ausgleichspflanzungen auf dem Fabrikgelände durchzuführen seien, erklärte Verwaltungsangestellter **Tacken**, der Bebauungsplan sehe zwei Obstwiesenbereiche, umfangreiche Baumanpflanzungen und Eingrünungsmaßnahmen vor. Eine Umsetzung dieser Ausgleichsmaßnahmen durch die Firma sei jedoch bislang noch nicht begonnen worden.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, man habe im Rahmen der Ortsbesichtigung eine Menge Informationen erhalten. Er bitte darum, diese den Ausschussmitgliedern schriftlich an die Hand zu geben, insbesondere auch die Planung für die Zukunft.

Ausschussvorsitzende **Gillen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sie erklärte, dass zu Beginn der Sitzung zwei nichtöffentliche Tischvorlagen verteilt worden seien und zwar zur Vergabeangelegenheit "Erneuerung der Fensteranlage OGS Boscheln; hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung" und zur Vergabeangelegenheit "Aufschaltung von Heizungs- und Lüftungsanlagen auf die Gebäudeleittechnik". Sie wolle darüber beschließen lassen, die Tagesordnung um diese beiden Punkte zu erweitern.

#### **Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 8.1 "Vergabeangelegenheit Erneuerung der Fensteranlage OGS Boscheln; hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung" und 8.2 "Vergabeangelegenheit Aufschaltung von Heizungs- und Lüftungsanlagen auf die Gebäudeleittechnik" erweitert.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, dass er am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass sie ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 08.09.2011**

---

**Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 08.09.2011 wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

2. **Forstwirtschaftsplan 2012**

---

**Herr von der Heiden** erläuterte den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012. Er hob hervor, dass sich die Planungen im Wesentlichen auf die Scherpenseeler Heide und den Herbacher Wald beziehen.

Eine Nachbesserung der Kulturen sei bei 1.000 Eichen in der Scherpenseeler Denne notwendig. Dies sei auf die lange Trockenheit im Frühjahr 2011 zurückzuführen. Weiterer größere Maßnahmen seien u. a. die Jungbestandspflege und die Wegeunterhaltung.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** fragte, warum die Position Freischneiden von Wegen mit 6.500 € so hoch sei.

**Herr von der Heiden** antwortete, dass in diesem Betrag auch die Beseitigung von Schlaglöchern enthalten sei.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** sagte, er würde gerne wissen, wie Herr von der Heiden die Ertragsaussichten bewerte.

**Herr von der Heiden** antwortete, zu den Ertragsaussichten müsse man sagen, dass sowohl die Heide als auch der Herbacher Wald aus forstwirtschaftlicher Sicht noch sehr jung seien und somit noch sehr wenig verwertbares Holz enthalten.

Sachkundiger Bürger **Hufnagel** erklärte, er würde gerne wissen, was die verschiedenen Farben auf den in der Sitzungsvorlage beigefügten Kartenausschnitten bedeuten und was man unter End- bzw. Vornutzung verstehe.

**Herr von der Heiden** erläuterte, von Endnutzung spreche man, wenn Holz mit dem Ziel geerntet werde, den Bestand zu verjüngen. Unter dem Begriff Vornutzung verstehe man die Jungbestandspflege.

Die unterschiedlichen Farben auf den Karten stehen für die jeweils überwiegende Baumart in den einzelnen Waldbeständen.

**Beschlussempfehlung:**

**Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**3. Entfernung städtischer Bäume Herbst/Winter 2011/2012**

---

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie habe sich die Bäume angesehen und bei keinem die Notwendigkeit der Fällung feststellen können. Den Baum in der Röntgenstraße habe sie sich allerdings nicht ansehen können, da keine Hausnummer in der Sitzungsvorlage angegeben sei. Bei der Schildstraße stelle sich ihr die Frage, ob die Schäden hier tatsächlich durch den Baum verursacht worden seien. Bei der Kantstraße habe sie den Eindruck, es gehe nur darum, die Einfahrt frei zu bekommen. Hierbei sei aber zu berücksichtigen, dass der Baum zeitlich gesehen schon vor der Einfahrt existiert habe.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, dass der Baum in der Schildstraße bereits die Mauer angehoben habe. Sollte die Stadt hier nicht tätig werden, könnten ggf. Schadensersatzansprüche seitens der Eigentümer geltend gemacht werden. In der Kantstraße habe der Baum bereits den Gehweg beschädigt. Dass bei der Röntgenstraße keine Hausnummer angegeben sei, sei ein Versehen. Dies bitte er zu entschuldigen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, es sei die Regel gewesen, dass für gefälltete Bäume neue gepflanzt werden. Er fragte, ob es eine Liste gebe, wo und wie viele Bäume nachgepflanzt worden seien. In Bezug auf die Kosten für die Wurzelstockfräsung habe es in der Vergangenheit die Regelung gegeben, dass derjenige, der das Holz mitnehme, dafür die Fräsung kostenlos vornehme.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, die Wurzelstockfräsung sei in der Vergangenheit immer beauftragt worden. Wenn die Firmen das Holz mitgenommen haben, sei dies entsprechend verrechnet worden. Ein Baumkataster für die Nachpflanzung müsse noch erarbeitet werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Schneider** erklärte Verwaltungsangestellter **Mannheims**, dass die genannten 5 Bäume sämtliche eingegangenen Meldungen aus der Bürgerschaft umfassen; darüber hinaus seien keine Meldungen eingegangen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Schneider** erklärte Verwaltungsangestellter **Mannheims**, dass es derzeit keine Prioritätenliste, wie sie damals existiert habe, gebe. Mit der Erfassung eines Baumkatasters werde man auch eine solche Liste möglicherweise wieder einführen.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, er vermisse die Angaben der Kosten. Weiter-

hin vertrete er die Meinung, dass keiner der genannten Bäume zwingend gefällt werden müsse. Er werde der vorliegenden Beschlussempfehlung daher nicht zustimmen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** stellte fest, dass offensichtlich einheitlich die Meinung vertreten werde, dass zumindest nicht alle genannten Bäume gefällt werden sollten. Er halte es heute jedoch nicht für sinnvoll, über die einzelnen Bäume abzustimmen. Er schlage daher vor, den Tagesordnungspunkt bis zur kommenden Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zurückzustellen und bis dahin eine Besichtigung der Bäume vorzunehmen. An der Besichtigung sollten Verwaltungsangestellter Mannheims, die Ausschussvorsitzende und jeweils ein Vertreter aus den einzelnen Fraktionen teilnehmen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** erklärte, diesen Vorschlag halte sie für ausgesprochen gut. So sei man in der Vergangenheit bereits auch schon einmal vorgegangen.

Sie fragte noch einmal konkret nach den Kosten.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, dass die Kosten für die Wurzelstockfräsung pro Baum 250,00 € betragen.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, derzeit gebe es 9.000 Straßenbäume, die in städtischer Pflege seien. Eine solch grüne Stadt, könne er nur begrüßen. Auch finde er gut, dass sich ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt werde, ob ein Baum tatsächlich gefällt werden müsse.

Für die Zukunft habe er die Bitte, bei den Nach- und Neupflanzungen von Bäumen sehr genau darauf zu achten, welche Bäume wo gepflanzt werden, um schon im Vorfeld mögliche Schäden und allzu intensive Pflegemaßnahmen und somit die daraus resultierenden Kosten zu verhindern.

### **Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zurückgestellt.**

**Bis dahin wird eine Besichtigung der Bäume durchgeführt, an der ein Verantwortlicher der Stadtverwaltung, die Ausschussvorsitzende des Bau- und Umweltausschusses und jeweils ein Vertreter aus den einzelnen Fraktionen teilnehmen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

#### **4. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 09.08.2011 betr. Grünflächen-Patenschaften**

---

Schriftführerin **Schade** verlas die Anregung (diese ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, er sehe das Problem darin, dass Patenschaften mit der Zeit einschlafen könnten. Wenn solche Patenschaften eingerichtet

werden, müsste darauf geachtet werden, dass die Pflege dauerhaft erfolge. Ansonsten müsste von Seiten der Stadt daran erinnert bzw. dazu aufgefordert werden. Die Kreisverkehre An der Linde und Friedrich-Ebert-Straße/Daimlerstraße, die bereits durch Sponsoring seitens der Übach-Palenberger Geschäftswelt gepflegt werden, seien positive Beispiele. Stadtverordneter **Josef Fröschen** fragte, ob das Gießen dieser Kreisverkehre die Stadt übernehme.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** verneinte dies. Die Kreisverkehrflächen seien zur Pflege komplett, inklusive des Gießens, von den Sponsoren übernommen worden.

Er teilte mit, dass derzeit 14 schriftlich fixierte Patenschaften für Grünflächen existieren und mindestens 30 mündliche. Die mündlich vereinbarten Patenschaften funktionieren meistens sogar besser als die schriftlich fixierten.

Bei den Kreisverkehren sollten, so wie bisher auch geschehen, schriftliche Vereinbarungen getroffen werden mit einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren. Dies sei sinnvoll. Auch weil hier ein einheitliches Bild das Ziel sei, aus dem sich ein gewisser Wiedererkennungswert der Stadt ergebe.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, die vorliegende Sitzungsvorlage zeige, dass Grünflächenpatenschaften in Übach-Palenberg nichts Neues seien. Neu wäre eine generelle schriftliche Fixierung der Patenschaften. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Grünflächenpatenschaften gut funktionieren können, manchmal leider aber auch einschlafen. Hier seien Kontrollen notwendig und im Zweifelsfall müsste die Stadt die Pflege dann doch wieder selbst übernehmen. Sie vertrete die Meinung, die generelle Einrichtung von schriftlich fixierten Patenschaften sei im Zweifelsfall aufwendiger als wenn man es bei der bisherigen Praxis belasse.

Stadtverordneter **Schneider** schloss sich dem an. Auch er halte diese offiziellen Patenschaften für zu aufwendig.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, für die Pflegeschnitte sei auch weiterhin der Einsatz des Technischen Betriebes, der AWO und der Caritas erforderlich. Dies würde sich auch nicht durch die Einrichtung offizieller Grünflächenpatenschaften ändern. Es gehe hier allerdings um die Zwischenzeiten. Hierfür halte er solche Patenschaften für sinnvoll. Es haben bereits viele Bürger bei ihm angefragt, ob sie bestimmte städtische Grünflächenbereiche pflegen dürften. Man sollte durchaus dafür werben, dass so etwas von städtischer Seite begrüßt werde.

Sachverständiger Bürger für Denkmalschutz **Lürken** führte aus, dass damals, als die neuen Beete in der Gehölde angelegt wurden, den Anwohnern auf Nachfrage mitgeteilt worden sei, dass sie die Beete auf Wunsch selbst bepflanzen könnten. Dies haben die Anwohner auch gemacht. Sie haben zusammengelegt und die Beete selber bepflanzt. Seitdem seien die Beete immer sauber und gepflegt. Wenn so etwas demnächst nun schriftlich fixiert werden sollte, könnte es sein, dass manche auf Distanz gehen.

Stadtverordneter **Schneider** erklärte, nur so, wie das gerade geschilderte Beispiel, könne die ganze Sache funktionieren. Natürlich müssten von Seiten der Stadtverwaltung Beratungen und Anleitungen gegeben werden, wenn es sich um großwüchsige Bepflanzungen handele. Aber er könne nur von offiziellen schriftlichen Patenschaften abraten.

Stadtverordnete **Appelrath** schlug vor, für diejenigen, die unsicher seien, ob die private Pflege von städtischen Grünflächen erlaubt sei, einen Hinweis in der Presse zu veröffentlichen.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, wenn jemand, der eine Grünflächenpflege übernehmen wolle, Wert auf etwas Schriftliches lege, könne man ihm eine Urkunde ausstellen. Es gebe Leute, die sich über so etwas freuen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** fasste zusammen, über eine Pressemitteilung solle darauf hingewiesen werden, dass an einer Grünflächenpflege Interessierte sich bei der Stadt melden können und bei Bedarf auch Anleitungshilfen von städtischer Seite erhalten. Auf Wunsch könne eine Patenschaftsurkunde ausgestellt werden.

### **Beschluss:**

**Grünflächenpatenschaften, d. h. die Pflege einer bestimmten Parzelle, eines bestimmten Beetes, eines bestimmten Gebietes, können durch Anwohner übernommen werden. Auf Wunsch können hierzu Patenschaftsurkunden von der Stadt ausgestellt werden.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## **5. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

## **6. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung**

---

Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass momentan im Tagebau Marienberg umfangreiche Rekultivierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Aufgrund von Kartierungen der Fauna durch den NABU sei festgestellt worden, dass sich nach Beendigung des Tagebaus vor mehr als zwei Jahren zahlreiche seltene Tierarten angesiedelt haben, darunter auch sogenannte FFH-Arten wie die Kreuzkröte, die nach EU-Recht streng geschützt seien. Um diesen Arten, die auf nährstoffarme Böden und länger bespannte Wasserflächen angewiesen seien, auch weiterhin einen geeigneten Lebensraum bieten zu können, sei vorgesehen, die im Rekultivierungsplan ausgewiesene Talwiese im Umfeld des Vorkommens dieser Tierarten nicht anzulegen, sondern die nährstoffarmen Sand- und Kiesböden zu belassen.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, er habe vor zwei Tagen an einer NABU-Versammlung teilgenommen, bei der die jetzige und zukünftige Entwicklung im Tagebau auch Gesprächsthema gewesen sei. Es habe Einigkeit darüber geherrscht, dass den Belangen von Mensch und Tier- und Pflanzenwelt Rechnung zu tragen sei.

Stadtverordneter **Fibus** fragte, ob sich nicht eine Abzäunung der ökologisch sensiblen Bereiche anbieten würde.

Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass man die Entwicklung nach Übertragung des Tagebaugeländes an die Stadt abwarten und beobachten sollte, um dann bei Bedarf Maßnahmen zu ergreifen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** fragte, ob durch die Rücknahme der Talwiese in Teilbereichen die Wegeverbindungen tangiert seien.

Verwaltungsangestellter **Tacken** erläuterte, der obere Weg entlang der Grenze zu den Niederlanden sei ebenso wenig betroffen wie der Weg der vom Wurmatal aus kommend durch den Tagebau führen werde und dann in Richtung Scherpenseel und Heide verlaufe.

Gegen die Rücknahme eines Teils der Talwiese aus Gründen des Artenschutzes erhob sich kein Widerspruch.

-----

Verwaltungsangestellter **Tacken** erläuterte, dass in Zusammenhang mit dem Projekt „Via Belgica“ durch die Bezirksregierung zwar ein Förderbescheid ergangen sei, dass jedoch der Stadt Übach-Palenberg und der Gemeinde Aldenhoven als den Projektpartnern, die aufgrund ihrer finanziellen Situation der Kommunalaufsicht unterliegen, nicht gestattet worden sei, sich mit ihrem Eigenanteil sowohl an den Overheadkosten wie auch an den investiven Kosten einzubringen. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung durch die Kooperationsvereinbarung vom 1.7.2009 sei die Aufwendung des Eigenanteils für die Overheadkosten dann doch genehmigt worden.

Um sich aber auch an den investiven Kosten für Info-Tafeln, Wegweiser und andere Kennzeichnungselemente beteiligen zu können, habe die Stadt unter Hinweis auf § 28 Abs. 3 Haushaltsgesetz NRW Mai 2011, wonach sich im Nothaushalt befindende Kommunen ihren Eigenanteil über zweckgebundene Spenden erbringen können, beantragt, dass der städtische Eigenanteil von 20 Prozent vollständig durch Spendengelder aufgebracht werden kann. Mit Schreiben vom 13.10.2011 habe die Kommunalaufsicht beim Kreis Heinsberg der Stadt mitgeteilt, dass dies möglich sei. Der ursprüngliche Antrag sei daraufhin um Kosten für den Radwegeausbau und für Grunderwerb, in Höhe von 86.500,00 € gekürzt worden, wobei die Durchgängigkeit der Via Belgica über alternative bestehende Wegeverbindungen weiterhin gegeben sei. Der verbleibende Eigenanteil in Höhe von rd. 11.000,00 € könne von einem Erschließungsträger abgedeckt werden. Dieser habe, ohne zu einem ökologischen Ausgleich verpflichtet gewesen zu sein, lt. Erschließungsvertrag einen Geldbetrag zur Realisierung von rd. 30.000 Öko-Punkten bereitgestellt. Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass sich die Öko-Punkte durch entsprechende landschaftspflegerische Maßnahmen auch mit dem nach Abzug der Kosten für den Eigenanteil noch verbleibenden Betrag realisieren ließen.

Dezernent **Gatzen** dankte Verwaltungsangestellten **Tacken** für sein Engagement in dieser Angelegenheit und hob hervor, dass ohne diese Lösung die Kennzeichnung der Via Belgica an der Stadtgrenze zu Übach-Palenberg aufgehört hätte und eine durchgängige touristische Wegeverbindung zwischen Köln und der Grenze zu den

Niederlanden nicht möglich gewesen wäre.

Gegen das vorgestellte Finanzierungsmodell erhob sich kein Widerspruch.

## **Anfragen**

---

### **Anfrage der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Schneider** fragte nach dem Stand der Pflasterarbeiten auf dem Rathausplatz.

Dezernent **Gatzen** antwortete, mit den Arbeiten werde nun in den nächsten Tagen begonnen.

Stadtverordneter **Schneider** fragte nach, warum sich der Beginn der Arbeiten verzögert habe.

Dezernent **Gatzen** erläuterte, die Firma habe zunächst noch andere Aufträge abarbeiten müssen.

### **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:**

Stadtverordnete **Appelrath** fragte, warum die Bäume im Straßenbegleitgrün in Scherpenseel gefällt worden seien.

Verwaltungsangestellter **Tacke** erklärte, die Bäume seien im Rahmen der Landschaftsplanung gepflanzt worden und seien eigentlich geschützt gewesen. Der Angelegenheit werde man somit noch nachgehen.

Ausschussvorsitzende **Gillen** schloss um 18.38 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzende **Gillen** um 18. 48 Uhr die Sitzung.

Gillen  
Ausschussvorsitzende

Schade  
Schriftführerin